

Pressemeldung

Mut für zukünftige Entwicklung!

Das Industriestammgleis des I-Parks als neue Lebensader ausbauen

Mit großem Bedauern, ja geradezu Entsetzen hat die SPD-Fraktion in ihrem Dringlichkeitstreffen am vergangenen Samstag (5.12.) die Entscheidung im Haupt- und Finanzausschuss (HFA) zur Abschaffung des Industriestammgleises zur Kenntnis genommen. Martin Schmidt, der Fraktionsvorsitzende der SPD, fasst die einhellige Meinung zusammen: „Die knappe Mehrheit von CDU und FDP verspielt die Zukunftschancen der (noch) „Klimakommune Bocholt“ auf nachhaltige, ökologische und wirtschaftliche Entwicklung.“ Immerhin, so ergänzt der zweite Vorsitzende Philipp Terhart, sei dieses Gewerbegebiet in Bocholt, mit 300 Hektar der größte zusammenhängende, voll erschlossene Industriepark in ganz NRW. Diese Agglomeration sorgt nicht nur für Arbeitsplätze von weit über 7.000 Menschen, sondern mit 300 Betrieben für einen erheblichen Teil der Gewerbesteuererinnahmen unserer Stadt. „Wir sind gut beraten, alles zu tun, dass das so bleibt“, so Schmidt.

Den Weg eines Ausbaus der Zugverbindungen mutig anzugehen, muss der Bürgermeister und die Stadt nicht alleine vornehmen, denn u.a. ein namhaftes Unternehmen, Pergan, erklärte noch vor der HFA-Sitzung proaktiv seine finanzielle Beteiligung am Ausbau. 2018 wurde in partizipativen Planungszellen von Stakeholdern und BürgerInnen im Bürgergutachten „Zukunftsstadt Bocholt 2030“ die Bahnanbindung für den Güterverkehr bis in den I-Park auf Platz 2 der Schwerpunktthemen gesetzt. Noch im September 2020 erklärt ein von der Stadt beauftragtes Gutachten der Firma SCI Verkehr GmbH, dass es jetzt Zeit sei, den Erhalt des Gleises anzugehen und sich die Wettbewerbsvorteile, die sich daraus in Zukunft ergeben zu sichern. Nicht anders argumentierte die CDU. Sie war jedoch im HFA nicht bereit jetzt die Konsequenzen zu tragen. „Dies ist aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar“, argumentiert Schmidt und wertet den heftigen Widerstand in Presse und den sozialen Medien als Zuspruch für die Politik der SPD das Gleis zu erhalten.

Gerade in einer Zeit, in der der Klimawandel neue Mobilitätskonzepte verlangt, die Energiewende die Kosten für den CO₂-Ausstoß erheblich verteuern werde, könnte Bocholt seine Wettbewerbsvorteile sichern und in die Zukunft investieren. „Zumal es weitere Nutzungsmöglichkeiten jenseits des Güterverkehrs für das Gleis geben könnte“, so ergänzt Herman Altenbeck, der sich als sachkundiger Bürger im Auftrag der SPD-Fraktion intensiv mit dem Thema beschäftigt. Eine Stadtbahn für den

Personenverkehr zwischen Rhede und dem I-Park ließe sich aus Fördermitteln realisieren. Die Zeichen dafür stünden gut, denn alle Recherchen sprächen dafür, dass EU, Bund und Land im Rahmen des „Green Deal“ den Schienenverkehr fördern und den LKW-Verkehr verteuern werden. „Anders als eine auch für ICE-taugliche Strecke, bräuchte es für eine solche Stadtbahn keine kreuzungsfreie Strecke“, erklärt Altenbeck für die SPD-Fraktion. Die Kosten für die Reaktivierung mit einer solchen Nutzung würden, nach Angaben von Verantwortlichen für den SPNV in NRW, deutlich sinken, die Förderungschancen deutlich steigen. Auf Radschnellwege müsste niemand verzichten. Das angestoßenen Projekt Richtung Borken könnte weitergeführt werden. In Richtung I-Park sei es ohnehin zweifelhaft, ob die Stammgleistrasse die geeignete Wegführung darstelle, so Schmidt. Doch dass die Radanbindung in den I-Park besser werden müsse, ist auch für die SPD unstrittig.

Das Stammgleis für den Güterverkehr jetzt zur Verfügung stellen, damit die Voraussetzungen für eine Stadtbahn zu schaffen, die in ca. 10 bis 15 Jahren realisiert werden könnte, und Radwege entwickeln wie sie das Mobilitätskonzept der Stadt vorsieht – alle diese Maßnahmen sind die richtigen Schritte in Richtung „Bocholt atmet durch – Reduktion des Autoverkehrs“. Ein Ziel für die Klimakommune Bocholt, dass nach der Befragung im Rahmen der „Zukunftsstadt Bocholt 2030“ mehr als 80% der Bürgerinnen als zentral angegeben haben. Bleiben wir in Bocholt mutig, bleiben wir zukunftsorientiert, schützen wir die Infrastruktur, die wir schon haben! Die überschaubaren Kosten könnte die Stadt zusammen mit der Wirtschaft tragen. Nicht zu vergessen, dass die Nutzung, über Gebühren zur Refinanzierung des Investments beitragen wird.